

Die Schweiz seit 1989

Mit dem Ende des Kalten Krieges und den zahlreichen Globalisierungsprozessen veränderten sich die aussenpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schnell und nachhaltig. In wirtschaftlicher Hinsicht reagierte die Schweiz mit ihrem Schwerpunkt bei den Dienstleistungen flexibel und konnte ihre weltweit sehr starke Position auch nach internationalen Konjunkturreinbrüchen und Krisen (z. B. 1991, 2001, 2008) behaupten.

In der Aussenpolitik nahm die Bedeutung supranationaler Regelungen und Organisationen schnell zu. Im schweizerischen Umfeld zeigte sich dies vor allem beim raschen Ausbau der Europäischen Union (EU, vorher EWG) seit 1992. Sie wuchs seither von damals 12 auf 27 Mitgliedsstaaten an.

Die Schweiz weichte unter diesen Umständen ihre strikte Neutralitätspolitik behutsam auf, öffnete sich für einige internationale Initiativen, blieb aber insbesondere zur EU auf Distanz. Die Auseinandersetzungen um die Europapolitik trugen zum schnellen Aufstieg der nationalkonservativen Schweizerischen Volkspartei SVP bei, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit Abstand die stärkste Partei wurde. Dieser Entwicklung passte sich die Konkordanzregierung, in der seit 1959 die sieben Bundesratssitze immer im gleichen Modus zwischen den grossen Parteien geteilt wurden, nur mit Schwierigkeiten an.

Innenpolitische Verschiebungen

Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 brachte auch in der Schweiz Gewissheiten ins Wanken, die während des Kalten Krieges geherrscht hatten. Sinnbildlich dafür stand die Abstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative. Diese wurde zwar im Herbst 1989 klar abgelehnt, erzielte aber einen unerwarteten Achtungserfolg. In den folgenden Jahren wurde die Armee zum Gegenstand anhaltender Reformprojekte, welche einerseits die geänderte internationale Lage und andererseits reduzierte Finanzmittel berücksichtigen sollten (z. B. Einführung des Zivildiensts, Annahme von Frauen).

Schon Anfang 1989 hatte der gezwungene Rücktritt von Elisabeth Kopp, der ersten gewählten Frau im Bundesrat, die politische Landschaft erschüttert. Die parlamentarische Untersuchung dieses Falls brachte die „Fichenaffäre“ ans Licht, die behördliche Überwachung seit Jahrzehnten von mehreren hunderttausend Personen.

1999 wurden sowohl eine neue Bundesverfassung angenommen als auch die erste Bundespräsidentin (Ruth Dreifuss) gewählt.

Seit den 1990er-Jahren büssten die lange Zeit dominierenden Mitteparteien FDP und CVP fortlaufend Wähleranteile ein. Der Stimmenanteil der SVP stieg dagegen stetig an. Diese rückte mit einem nationalkonservativen und wirtschaftsliberalen Programm stark nach rechts. In den Nationalratswahlen von 2003 wurde die SVP stärkste Partei und holte sich als Folge davon einen zweiten Sitz im Bundesrat.

Strukturwandel und Konjunkturen der Wirtschaft

Seit der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre begann eine zeitweise krisenhafte Entindustrialisierung. Fusionen auf nationaler und internationaler Ebene gingen mit Umstrukturierungen und Werkschliessungen, aber auch mit Innovationen (z.B. Swatch) einher.

Im Herbst 2001 ging ein Symbol der Schweizer Wirtschaft unter, die illiquid gewordene Fluggesellschaft Swissair. Die mit staatlicher Unterstützung aufgebaute Nachfolgegesellschaft Swiss wurde 2007 der deutschen Lufthansa verkauft. Der Bahnverkehr gewann hingegen mit der neuen Alpentransversale NEAT an Bedeutung: die drei Tunnel (Gotthard, Lötschberg und Ceneri) verkürzen die Reisezeit durch die Alpen beträchtlich und bilden das Herzstück des Schienengüterkorridors zwischen Rotterdam und Genua.

Während der Industriesektor kleiner wurde, wuchs der Dienstleistungssektor in den letzten Jahrzehnten stark an. Er beschäftigt rund drei Viertel der Erwerbstätigen.

Auch im Finanzbereich führten Krisen und die zunehmende internationale Verflechtung zu Fusionen. Die beiden seit 1998 verbliebenen Schweizer Grossbanken (UBS, Credit Suisse) wurden nicht zuletzt durch den Kauf amerikanischer Banken anfälliger auf Veränderungen in überseeischen Märkten. 2008 musste die UBS durch den Bund und die Nationalbank vor dem Untergang bewahrt werden. Zudem führten fragwürdige Geschäftspraktiken zu Konflikten mit fremden Rechtsordnungen, vor allem hinsichtlich des Bankgeheimnisses, das teilweise abgeschafft wurde. Die Bundesbehörden legten die Banken 2012 auf eine „Weissgeldstrategie“ fest und versuchen mit bilateralen Abkommen umfassende Lösungen für die Steuerprobleme zu finden.

Neue Koordinaten der Aussenpolitik

In einem wachsenden Spannungsverhältnis zur weltweiten wirtschaftlichen Vernetzung stand die politische und militärische Neutralität der Schweiz, die sie deshalb seit 1989 flexibler handhabte. So nahm die Schweiz auf der Grundlage von UNO-Resolutionen oder Massnahmen der EU an Wirtschaftssanktionen teil (z. B. Irak, Syrien, Libyen) und gewährte der NATO Überflugrechte (Bosnienkonflikt, Libyen- und Mali-Einsatz). Seit 1996 ist die Schweiz auch Mitglied der „Partnerschaft für den Frieden“, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1994 von der NATO angeregt wurde. In der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), die aus der KSZE hervorging, hatte die Schweiz 1996 und 2014 den Vorsitz inne.

2002 erfolgte nach einer Volksabstimmung mit knapper befürwortender Mehrheit der Beitritt zur UNO. Bei formal unpolitischen Organisationen wie der Welthandelsorganisation WTO ist die Mitgliedschaft und Mitwirkung innenpolitisch weniger umstritten. Eine Mehrheit der Schweizer zieht bilaterale Abkommen supranationalen Verpflichtungen vor, um den wachsenden Regelungsbedarf in einer globalisierten politischen und wirtschaftlichen Ordnung vorzunehmen.

Die Schweiz in Europa

Als 1992 mit dem Vertrag von Maastricht die Europäische Union (EU) entstand, wurden die Schweiz und die anderen EFTA-Staaten eingeladen, in einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an den vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes teilzuhaben: dem uneingeschränkten Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Ende 1992 lehnten jedoch Volk und Stände – mit einem knappen Stimmen-, aber einem deutlichen Ständemehr – den EWR ab.

Das Verhältnis zur EU wurde danach einerseits durch bilaterale Abkommen geregelt, andererseits durch den „autonomen Nachvollzug“, die Übernahme derjenigen Teile der EU-Rechtsakte, die für die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt erforderlich sind. Das erste Vertragspaket von 1999, die Bilateralen I, öffnete schrittweise die Arbeitsmärkte (Personenfreizügigkeit), liberalisierte den Land- und den Luftverkehr, beseitigte technische Handelshemmnisse, regelte das öffentliche Beschaffungswesen und vereinfachte den Handel mit bestimmten Agrarprodukten. Ferner diente es der verstärkten Forschungszusammenarbeit. Die Bilateralen II von 2004 dehnten die Zusammenarbeit auf weitere wichtige Bereiche aus, so auf Umwelt, Bildung, Steuern und Statistik sowie auf die Betrugsbekämpfung. Umstritten war einzig die Teilnahme an den Abkommen von Schengen und Dublin, welche die Zusammenarbeit im Sicherheits- und im Asylwesen vertieften. Diese Teilnahme wurde aber 2005 in einer Referendumsabstimmung gutgeheissen und Ende 2008 wirksam.